

Aus der letzten Stadtverordnetenversammlung

Haushalt 2011:

Kassel bleibt auf gutem Kurs!

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. August 2010 hat Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel den Haushaltsplan 2011 eingebracht. Er wird jetzt in den Gremien diskutiert und soll im Dezember verabschiedet werden. Der Haushaltsplan weist Erträge von rund 599,2 Millionen Euro bei Aufwendungen in Höhe von 671,4 Millionen auf. Daraus ergibt sich ein veranschlagtes Defizit in Höhe von 72,2 Millionen Euro. Damit machen sich im zweiten Jahr in Folge die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bemerkbar.

In den Jahren zuvor hatte der Wirtschaftsstandort Kassel gegen den Trend zugelegt und sich mit einer Dynamik entwickelt, die alle Experten überrascht hat. Die Arbeitslosenquote ging von 19,2 Prozent in 2005 auf heute 10 Prozent zurück. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sprudelten kräftig, allein im Rekordjahr 2008 flossen 143 Millionen Euro in die Stadtkasse. Und selbst im ersten Krisenjahr 2009 gingen die Einnahmen nur um 10 Prozent zurück, während sie bundesweit im Schnitt um 20 Prozent einbrachen.

Es gab ausgeglichene Haushalte, 2007 und 2008 konnten sogar beträchtliche Haushaltsüberschüsse erzielt und gleichzeitig etwa 115 Millionen Euro Schulden abgebaut werden – einmalig in der Nachkriegsgeschichte Kassels. All diese Indikatoren belegen eindrucksvoll, wie stark der hiesige Wirtschaftsraum geworfen ist. Das ist auch der Lohn für eine solide und nachhaltige Haus-

halts- und Wirtschaftspolitik, auf die wir gemeinsam stolz sein können.

Natürlich war nicht zu erwarten, dass die Krise um Kassel einen Bogen macht. Sie schlägt sich im Haushalt der Stadt deutlich nieder. Was uns besonders schmerzt, sind die Verluste bei den Steuer- und Schlüsselzuweisungen. Fast die Hälfte des Defizits resultiert aus dem dramatischen Rückgang der so genannten Schlüsselzuweisungen des Landes (minus 35 Milliarden Euro).

Aber es könnte noch schlimmer kommen, denn die Landesregierung plant, den kommunalen Finanzausgleich ab kommendem Jahr um 400 Millionen Euro zu kürzen. Damit werden der kommunalen Familie zusätzlich zu den Belastungen der Krise Opfer abverlangt, die sie beim besten Willen nicht mehr schultern kann. Dies muss auch im Interesse der Handlungsfähigkeit Kassels unbedingt verhindert werden. Die SPD kämpft deshalb an der Seite des Hessischen Städtetages gegen die Kürzungspläne der Koch-Regierung.

Doch geht unser Blick bereits nach vorn, denn die hervorragende Entwicklung der letzten Jahre hat für unsere Stadt das Schlimmste verhindert. Kassel hat aus eigener Kraft viel für die eigene Zukunft getan. Ist die derzeitige Durststrecke überwunden, werden wir stärker dastehen als vor der Krise. Die Signale, die wir aus Wirtschaft und Handwerk erhalten sowie die aktuellen Arbeitsmarktzahlen stimmen uns zuversichtlich. Kassel bleibt auf gutem Kurs!



Uwe Frankenberger



Christian Geselle

Nummer 4

August 2010

Themen in dieser Ausgabe:

- Initiative „Save-me“ soll Flüchtlingen helfen.
- Annette Blumenschein rückt als Stadtverordnete nach.
- Neues Ausbildungsgesetz soll Schülerbeförderung regeln.
- CDU-Schuldenmacher als Schuldenbremser?
- Bau des Komibads auf der Zielgeraden!



Monika Sprafke

Initiative „Save-me“ soll Flüchtlingen helfen

Kassel hat in seiner Geschichte große Integrationsleistungen vollbracht. Sei es die Aufnahme tausender hugenottischer Flüchtlinge aus Frankreich, denen Landgraf Karl Ende des 17. Jahrhunderts Asyl gewährte; seien es die Heimatvertriebenen, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu uns kamen und sich eine neue Existenz aufbauen mussten; seien es die Gastarbeiter, die bei Wiederaufbau und Wirtschaftswunder tatkräftig mit anpackten. Erinnert sei auch an den „Hessenplan“ von 1951 von Ministerpräsident Georg August Zinn (SPD), der 100.000 Flüchtlingen zu Wohnung, Arbeit, Zukunft und Würde verhalf. An diese Traditionen knüpft die Kampagne „Save-me“ an, die auf eine Initiative der Vereinten Nationen (UNHCR) zurückgeht und der sich bereits zahlreiche deutsche Großstädte angeschlossen haben.

Und jetzt ist auch Kassel mit im Boot. In der jüngsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde ein gemeinsamer Antrag von SPD, Bündnis90/Grüne und Kasseler Linke.ASG verabschiedet, der den Magistrat auffordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ein kon-

tinuierliches Bundesprogramm zur Aufnahme von Flüchtlingen („Resettlement“ – Neuansiedlung) eingerichtet wird und die Bereitschaft der Stadt Kassel erklärt, Flüchtlinge im Rahmen dieses Programms dauerhaft aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren. Eine Reihe von Staaten betreiben seit Jahrzehnten Neuansiedlungsprogramme auf freiwilliger Basis, wie etwa die USA, Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande. Zielgruppe sind Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskommission, die dauerhaft aufgenommen werden und sofort einen befristeten Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen erhalten sollen.

Die SPD-Stadtverordnete Monika Sprafke appellierte, in dieser Frage über den Teller rand Kassels zu blicken, Verantwortung zu übernehmen und ein Signal zu setzen: *„Wir wollen uns als Kommune ausdrücklich dazu bekennen, Flüchtlinge bei uns aufzunehmen und unseren Teil dazu beitragen, dass Schutzbedürftige, die sich in ausweglosen Situationen befinden, eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten.“*

Neu in der Fraktion: Annette Blumenschein

Annette Blumenschein ist seit 1. August neues Mitglied der SPD-Stadtverordnetenfraktion und des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung. Sie rückte für Manfred Merz nach, der als neuer Büroleiter des Oberbürgermeisters vom Regierungspräsidium ins Kasseler Rathaus wechselte.

Annette Blumenschein ist Finanzbeamtin, 54 Jahre alt, in Südhessen geboren und aufgewachsen. Nach einiger Eingewöhnungszeit wurde aus ihr eine *„Nordhessin aus Leidenschaft“*. Sie hat eine Tochter, die studiert, und ist vielseitig kulturell interessiert. Sie liebt es, ins Kino zu gehen (Motto: dafür werden Filme gemacht); die Bandbreite reicht von Independent-Filmen bis Blockbuster. Am liebsten geht sie ins Gloria, dicht gefolgt von den Balis im Kulturbahnhof und dem Filmladen in ihrem Stadtteil, dem Vorderen Westen. Die regelmäßige Theatergängerin bevorzugt das Sprechtheater, geht auch auf Reisen im Ausland viel ins Theater und schwärmt noch heute von einer umwerfenden Mac-

beth-Inszenierung auf Slowakisch (*„Eine Supervorstellung!“*). Sie sieht sich gerne Städte und Landschaften an, interessiert sich für Architektur und Städtebau. Besonders haben es ihr der Umbau und die Neunutzung ehemaliger Industriebrachen angetan. Sie hat aus Überzeugung kein Auto, fährt *„supergerne“* Straßenbahn, treibt regelmäßig Sport. Als schönste Auszeit vom Alltag empfindet sie neben dem Kino ein Essen mit lieben Freundinnen und Freunden.

Annette Blumenschein bringt viel kommunalpolitische Erfahrung mit: Seit 14 Jahren engagiert sie sich im Ortsbeirat Vorderer Westen. Zuhören ist ihr dabei sehr wichtig, ebenso wie das Ringen um Kompromisse. Vor allem plädiert sie dafür, die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen: *„Oft bringen sie sehr gute Ideen und Anregungen ein, die mit-helfen, Akzeptanz beispielsweise für große Bauvorhaben zu schaffen.“*



Annette Blumenschein

SPD will mit Ausbildungsförderungsgesetz auch die Fahrtkostenerstattung für Oberstufenschüler regeln

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der helfen soll, die Benachteiligung von Kindern aus einkommensschwachen Familien abzubauen. Ziel ist es, bedürftige Schülerinnen und Schülern finanziell zu unterstützen, damit sie einen zur allgemeinen Hochschulreife oder zur Fachhochschulreife führenden Bildungsgang erfolgreich abschließen können.

Dazu sollen Kosten, die ausschließlich durch die Schulausbildung entstehen, bezuschusst werden. Der finanzielle Umfang der geplanten Förderung orientiert sich am aktuellen Bedarf der Schülerinnen und Schüler, ohne den Landeshaushalt unverhältnismäßig zu belasten. Den Anstoß für die SPD-Initiative gab die aktuelle Diskussion über die Fahrtkosten für Oberstufenschüler in Nordhessen, angeregt durch eine Spendenaktion der HNA. Die bisherige Praxis erlaubt es nicht, Schülerinnen und Schülern nach der Sekundarstufe I Schülerbeförderungskosten zu erstatten. Das will die SPD jetzt korrigieren.

„In kaum einem Industriestaat hängt der Schulerfolg so stark von der sozialen Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten ab wie in Deutschland“, so Wolfgang Decker, SPD-Landtagsabgeordneter und Mit-

glied der SPD-Fraktion in Kassel. Einkommensschwachen Familien fällt es wesentlich schwerer, die Kosten für die Schulausbildung ihrer Kinder zu tragen. Die Chance auf beste Bildung- und Ausbildung darf deshalb nicht länger vom Familieneinkommen abhängen.

Scharfe Kritik übt die SPD-Landtagsfraktion in diesem Zusammenhang an Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP), die für sich keinen Handlungsbedarf erkennen mag und wiederholt zu verstehen gegeben hat, dass sie sich für diese Problematik nicht zuständig sieht (O-Ton: *„Natürlich sehe ich das mit Sorge. Doch das ist nicht in erster Linie ein Problem, das die Kultusverwaltung lösen könnte.“*).

Dabei sind die finanziellen Belastungen gerade auch für Familien und Arbeitnehmer mit geringem Einkommen hoch: Neben der Fahrt zur Schule belasten Fachbücher, die Anschaffung eines Laptops, Klassenfahrten oder private Nachhilfe die Familienkasse. Erschwerend kommt für die Empfänger von Transferleistungen hinzu, dass in den Regelsätzen des Arbeitslosengeldes II keine Kosten für die Schulbildung angesetzt sind. Deshalb will die SPD für mehr Ausbildungsgerechtigkeit sorgen, um Familien zu entlasten.



Wolfgang Decker

„ Die Chance auf gute Bildung und Ausbildung darf nicht vom Familieneinkommen abhängig sein.“

Am Rande: CDU-Schuldenmacher als glaubwürdige Schuldenbremser?

Roland Koch geht, seine Schulden bleiben. In seiner Amtszeit schrieb Hessen fette rote Zahlen - das Defizit stieg von 22 Milliarden Euro im Jahre 1999 auf derzeit 39 Milliarden Euro. Bevor die Wähler ihn dafür zur Rechenschaft hätten ziehen können, schmiss er hin und wechselt wohl bald in die Wirtschaft. Nicht ohne vorher anzukündigen, den kommunalen Finanzausgleich um 400 Millionen Euro ab 2011 zu kürzen und damit den Städten und Gemeinden die Luft zum Atmen zu nehmen. Und jetzt soll auch noch eine Schuldenbremse in die Landesverfassung aufgenommen werden, mit der nachfolgende Regierungen und wir Bürger mit Zins und Zinseszins dafür büßen müssen, dass Koch und der ebenfalls fahnenflüchtige Finanzminister Weimar das Bundesland Hessen in die Schuldenfalle geführt haben. Chuzpe hat das Duo. Das gilt gleichermaßen für ihre Partei, die landesweit versucht, eine Schuldenbremse auch in den Kommunen zu verankern. Der Antrag dafür wurde - wen wundert's - in Wiesbaden formuliert. Ein durchsichtiges Spiel, das auch die CDU-Fraktion in Kassel versucht. Doch die - ohne eigenes Profil - lebt ohnehin nur noch von Exporten aus der Landeshauptstadt.

Enrico Schäfer



Enrico Schäfer

SPD-Fraktion Kassel

Zimmer W 222
Rathaus
34112 Kassel

Tel. 0561 - 787- 1284
Fax: 0561 - 787-2209
E-Mail: buero@spd-fraktion-kassel.de
Web: www.spd-fraktion-kassel.de

Geschäftsführer:
Enrico Schäfer

Fraktionsvorsitzender und V.i.S.d.P.:
Uwe Frankenberger

Zitat der Woche:

(„.....“)

Wir hätten an dieser Stelle gerne Frau Kühne-Hörmann (CDU) zu Wort kommen lassen, schließlich behandelte die letzte Stadtverordnetenversammlung wichtige Themen für die Zukunft unserer Stadt. Leider fehlte der Ministerin wieder einmal die Zeit, um ihr Mandat in Kassel wahrzunehmen. Ihr Stuhl blieb leer.



Hermann Hartig,
neuer finanzpolitischer
Sprecher der Fraktion.



Uwe Frankenberger

Ich gebe offen zu, dass ich dem juristischen Hick-Hack und den Geschäftsordnungsdebatten im deutschen Eishockey zuletzt nicht mehr folgen konnte. Wie mir geht es sicher vielen Fans und Spielern der Kassel Huskies - und nicht nur ihnen. Die Verantwortlichen der DEL haben eins ganz sicher geschafft: Uns den Spaß am Sport gründlich auszutreiben. Weil nur noch um Paragraphen und Prinzipien gestritten wurde, ist der ehrliche und faire Sport auf der Strecke geblieben. Für unsere hoffnungsvollen Cracks auf dem Eis und deren Familien sowie für die haupt- und ehrenamtlich Engagierten im Kasseler Eishockey ist das Aus eine Katastrophe. Ein trauriger Tag für Kassel und die Region.

Bau der Auebads ist auf der Zielgeraden



© Städtische Werke Kassel

Gute Nachricht aus dem Rathaus: Der Bau des Kombibades am Auedamm ist auf der Zielgeraden. Mit der Baugenehmigung für die Städtischen Werke rechnet die Stadt Kassel für Mitte September. Sobald sie vorliegt, kann mit dem Abriss des alten Auebades begonnen werden, kündigte Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel an.

Denn mit der erteilten Baugenehmigung liegt die Baureife für das Projekt vor. Diesen Fahrplan unterstützten die Fraktionen von SPD und Bündnis90/Grüne mit einem Beschluss in der jüngsten Stadtverordnetenversammlung.

Gegen die Baugenehmigung kann der BUND, der die Pläne für das Kombibad am Auedamm seit langem kritisiert, mangels eigener Klagebefugnis keine Rechtsmittel einlegen. Den bereits seit Mai 2010

rechtswirksamen Bebauungsplan hat der BUND bislang nicht mittels eines so genannten Normenkontrollverfahrens vor dem Verwaltungsgerichtshof angegriffen. Theoretisch könnte er dies noch bis zum Frühjahr 2011 tun.

Täte er dies, könnte er den Bau nur noch verzögern, aber nicht mehr verhindern. Doch damit wäre niemandem gedient – am allerwenigsten den Erholung suchenden Menschen und den Schwimmvereinen, die sich schon jetzt auf das neue Bad an der Fulda freuen können.

Die Standortdebatte Pro und Kontra wurde nach vielen Diskussionen und einer intensiven Abwägung mit einer breiten politischen Mehrheit entschieden. Deshalb fordert die SPD-Fraktion, endlich den Worten und Beschlüssen Taten folgen zu lassen.